

Ohne Sparen geht es nicht

Von Gerd Held

In der Geschichte der Bundesrepublik hat es wohl noch keine Regierung gegeben, die so sehr vom Problem der Staatsfinanzen geprägt war, wie es für die neue Koalition von CDU/CSU und FDP der Fall sein wird. Sie kann nicht mehr auf einen Wirtschaftsaufschwung setzen, der die Schulden der öffentlichen Hand eindämmt. Der Aufschwung wird kommen, aber er wird zu gering ausfallen, um die Defizite des Staates an das Wirtschaftssystem auslagern zu können. Deshalb greift eine Diskussion über die Einnahmen des Staates – ob Steuern oder Gebühren – zu kurz. Notwendig ist eine Reform auf der Ausgabenseite. Wir brauchen eine Diskussion um Einsparungen, die die öffentlichen Haushalte nachhaltig auf eine schwierigere Zukunft unserer Volkswirtschaft einstellen. Das wird die Signatur der kommenden Legislaturperiode sein. Tatsächlich ist jetzt wieder viel vom Sparen die Rede. Doch merkwürdig, eine echte Spardiskussion kommt nicht auf. Sie müsste ja bestimmte Einsparungen wirklich durchgehen. „Alle Ausgaben gehören auf den Prüfstand“, heißt es. Doch von dort werden sie gleich wieder heruntergeholt, ohne dass das Prüfen überhaupt begonnen hätte. Ist alles zu kompliziert? Eher liegt es wohl daran, dass Einsparungen schmerzhaft sind. Es fehlt nicht an Wissen, sondern an der Bereitschaft zu Einschnitten, die immer wehtun.

Nun gibt es eine bestimmte Erfahrung, die die Bürger nach mehreren Jahrzehnten Förderstaat immer häufiger machen: Die Dinge werden nicht besser, obwohl der Aufwand immer größer wird. Da zeigt zum Beispiel der jüngste Pflegeheim-Prüfbericht, dass in Deutschland bei der sozialen Betreuung und „Lebensgestaltung“ gepunktet wird, während es bei der körperlichen Pflege erhebliche Defizite

gibt. Aber die neue Pflegereform legt den Akzent auf noch mehr betreuendes Drumherum. Im Bildungswesen wird gerade von einem Verfall der Mathematik-Kenntnisse gesprochen. Man wollte die Materie mit neuen Darstellungsformen schmackhaft machen, hat Laptops angeschafft, Theater gespielt oder exotische Klassenfahrten veranstaltet – und stellt jetzt fest, dass es schlicht am mangelnden hartnäckigen Üben liegt. In unseren Städten werden mit viel Geld Quartiere aufgehübscht, Plätze möbliert, Events veranstaltet und Betreuer installiert – und doch gibt es mehr Müll und Gewalt. Diese Erfahrungen sind oft verstreut und unscheinbar, aber sie haben das gleiche Muster. Unser Land wird umständlich und teuer. Es verplempert seine kostbare Arbeitszeit mit immer neuen „weichen“ Ersatzaktivitäten, während die harten Aufgaben unterbesetzt sind. In vielen Bereichen hat sich unser Land mit Aktivitäten gefüllt, die bei großem Aufwand nur minimale Gewinne an Wohlfahrt und Wohlbefinden erbringen. Oft sind es Scheinaktivitäten, unser Land kommt nicht mehr zur Sache. Hier, bei den über Jahrzehnte gewachsenen Pro-Kopf-Ausgaben der öffentlichen Hand, liegt das eigentliche Sparpotential. Denn hier ist das Sparen nicht nur ein Negativprogramm. Wo eine so ineffiziente Umständlichkeit gewuchert ist, kann das Sparen dazu führen, dass der Staat direkter zur Realität findet und mehr bewirkt. Solide Grundqualität, Sicherheit für alle und menschliche Wärme müssen nicht auf der Strecke bleiben.

Freilich muss der Staat darauf verzichten, bei jeder Lebensgestaltung der Bürger mitfördern und mitreden zu wollen. Die Staatshaushalte unserer Zeit sind in einem erweiterten Sinn „Sozialhaushalte“. Sie wirken heute auf vielfältige Weise in die

Gesellschaft hinein, nicht nur durch das Sozialressort. Auch die Budgets von Wirtschaft, Forschung und Bildung, Gesundheit, Familie, Umwelt oder Stadtentwicklung sind von der „fördernden Einmischung“ geprägt. Viele Menschen rechnen mit diesem Geld und haben sich in ihrer Existenz an die Suche nach öffentlichen Projekten gewöhnt. Dabei ist es nicht die Unterschicht, die unseren Staat teuer macht. Dafür, dass die Abgaben fast 50% des Volkseinkommens betragen, geben weder die Armen noch die Reichen den

Ausschlag. Es sind die Mittelschichten, die in vielfältiger Weise von der öffentlichen Hand eingebunden sind und mit ihr durchs Leben gehen. Die Spardiskussion muss daher in der Mitte der Gesellschaft geführt werden. Vielleicht ist das die eigentliche Chance einer bürgerlichen Koalition in unserer Zeit: Dass sie der Mitte im Land wieder mehr Verantwortung gibt und das Handeln wieder direkter macht. Was das nicht die Botschaft einer Mehrheit der Wähler?

(Manuskript vom 13.10.2009, erschienen als Leitartikel in der Tageszeitung „Die Welt“ vom 14.10.2009 unter der Überschrift „Zur Sache, Deutschland!“)